

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-004293/2025
an die Kommission
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Fabio De Masi (NI)

Betrifft: Bewertung und Anreize im Zusammenhang mit dem Europäischen Rahmen für Cloud-Souveränität

Mit dem Europäischen Rahmen für Cloud-Souveränität wurde ein System zur Bewertung der Souveränität von Anbietern von Cloud-Diensten eingeführt, mit dem die Widerstandsfähigkeit ihrer Dienste im Falle politischer Einflussnahme aus dem Ausland getestet werden soll. Es ist festzustellen, dass die „rechtliche und gerichtliche Souveränität“ bei der Berechnung des Souveränitätsgrads gerade einmal 10 % der Gesamtpunktzahl ausmacht.¹ Die begrenzte Gewichtung verblüfft insofern besonders, als dabei das nationale Rechtssystem, das die Tätigkeit und Verträge des Anbieters regelt, und das Ausmaß, in dem Rechtsvorschriften aus Drittstaaten relevant sind, bewertet werden.

1. Kann die Kommission die Gewichtung der einzelnen Aspekte bei der Bewertung der Souveränität ausführlich erläutern, einschließlich der Frage, weshalb der Aspekt der gerichtlichen Souveränität dabei eine solch untergeordnete Rolle spielt?
2. Gedenkt die Kommission angesichts der Tatsache, dass europäische Anbieter von Cloud-Diensten vergleichsweise wenig vom jüngsten Wachstum des Binnenmarkts profitiert haben², einige Ausgleichsanreize zu schaffen, um den Aspekt der „rechtlichen und gerichtlichen Souveränität“ stärker zu gewichten?

Eingang: 3.11.2025

¹ https://commission.europa.eu/document/download/09579818-64a6-4dd5-9577-446ab6219113_en?filename=Cloud-Sovereignty-Framework.pdf

² https://www.theregister.com/2025/07/28/euro_cloud_vs_us/